

„Das muss uns beunruhigen“

NACHGEFRAGT Die Bundesregierung soll einen Antisemitismusbeauftragten berufen und den Jugendaustausch stärken. Den fördert Christine Mähler von ConAct.

WITTENBERG/MZ - Mit „ConAct“, dem Koordinierungszentrum für deutsch-israelischen Jugendaustausch, hat eine wichtige Bundeseinrichtung ihren Sitz in Wittenberg. Seit der Eröffnung 2001 werden jedes Jahr rund 300 Projekte der außerschulischen Bildungs- und Austauscharbeit finanziell und pädagogisch unterstützt. Nachdem nun die Zahl antisemitischer Vorfälle hierzulande wieder gestiegen ist, haben die Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP sowie Bündnis 90/Die Grünen die Berufung eines oder einer Antisemitismusbeauftragten beim Bund gefordert. Zudem soll der deutsch-israelische Jugendaustausch ausgebaut werden. Von „ConAct-Leiterin“ Christine Mähler wollte die MZ wissen, wie sie diese Forderung und die Lage einschätzt. Das Gespräch führte MZ-Mitarbeiterin Corinna Nitz.

Braucht Deutschland einen Antisemitismusbeauftragten?
Christine Mähler: Er hätte eine ganze Menge zu tun. Leider ist der Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft präsent und damit müssen wir offensiv umgehen und sehen, wie wir ihm begegnen und den Negativbildern von Israel und Juden entgegenwirken können.

In Ihrem Zentrum in Wittenberg kommen auch junge Menschen aus Israel zum Einsatz. Läuft da immer alles glatt?
Wir hatten tatsächlich auch junge Israelis, die den Eindruck hatten, mit negativen Reaktionen konfrontiert zu sein. Und wir denken an den Jungen aus Laucha oder an Vorfälle in Berlin, wo Juden oder Israelis verbal oder physisch angegriffen wurden. Ich denke, dass die Dunkelziffer antisemitischer Vorfälle viel größer ist, als das, was wir erfahren. Und dass an Schulen „Du Jude“ wieder als Schimpfwort kursiert, muss uns beunruhigen.

Gibt es heutzutage eine neue Form des Antisemitismus?
Antisemitismus begleitet uns schon lange. Die Generationen unserer Eltern und Großeltern sind mit dem Satz aufgewachsen, die Juden seien ihr Unglück. Diese antisemitischen Überzeugungen wirken auch heute noch nach.

Wir müssen weiter daran arbeiten, diese aufzubrechen und auch neuen Formen des Antisemitismus in Form antiisraelischer Hetze entgegenzutreten. Wir wollen in einer weltoffenen Gesellschaft leben, in der Menschen unterschiedlicher Religion und Kultur selbstverständlich leben, und dafür müssen wir mit Nachdruck eintreten.

Kann man auch mit Menschen aus Ländern, die etwa mit Israel in Konflikt stehen, arbeiten? Anders gefragt: Gibt es eine spezielle Form des Antisemitismus unter Flüchtlingen aus muslimischen Ländern?

Auch der Frage des israelbezo-

gen Antisemitismus von Flüchtlingen müssen wir uns stellen. Gespräche mit jungen Flüchtlingen haben gezeigt, dass es tatsächlich Vorbehalte gegenüber Juden und Israel gibt. Es gibt aber gleichzeitig ein Interesse, mehr darüber zu erfahren. Seit zwei Jahren arbeiten wir im Projekt „Living Diversity“ daran, die Vielfalt junger Menschen aus Deutschland und Israel in Austauschprogramme einzubeziehen. 2018 wollen wir dabei verstärkt schauen, welche Menschen mit Migrationsgeschichten es in beiden Ländern gibt und wie wir sie zusammenbringen können.

Das bringt uns zur Kernaufgabe Ihres Zentrums, dem deutsch-israelischen Jugendaustausch. In ihrem Antrag haben auch die vier Bundestagsfraktionen die Stärkung des Austauschs gefordert und erklärt, dass dafür mehr Mittel notwendig seien. Sind Sie eigentlich gut ausgestattet?

Uns fehlen 1,5 Millionen Euro, um die Projekte fördern zu können, die uns bereits vorliegen. Aktuell fördern wir nur mit 50 bis 60 Prozent der Fördersätze, die den Austauschprogrammen eigentlich zustehen würden.

Das Koordinierungszentrum unterstützt bestehende Ju-

gendkontakte zwischen Deutschland und Israel, es stellt unter anderem pädagogische Handreichungen, vernetzt Projektpartner und entwickelt außerdem Seminarangebote. Wie viel Geld erhält es insgesamt?

Vom Bundesjugendministerium kommen 2,2 Millionen Euro pro Jahr. Wenn man aktuell noch gezielter gegen Antisemitismus wirken will, muss mehr in die Begegnungen investiert werden. Und dann braucht man mehr Mittel, um auch solche Jugendlichen zu erreichen, die aus Ländern stammen, welche mit Israel in Konflikt stehen. Hier gilt es auch, spezifische Konzepte für Programme zu entwickeln. Ich bin froh, dass der deutsch-israelische Jugendaustausch aktuell auch im Bundestag als ein wichtiger Baustein gegen Antisemitismus angesehen wird und bald besser ausgestattet werden soll.

Wie viele Menschen in der Bildungs- und Jugendaustauscharbeit erreichen Sie pro Jahr?
Jedes Jahr fördern wir rund 7 000 Teilnehmende, etwa 10 000 junge Menschen nehmen jährlich am Austausch mit Israel teil. Wenn man das hochrechnet, kommen wir in 60 Jahren Jugendaustausch auf rund 600 000 junge Menschen aus beiden Ländern, die an Programmen teilgenommen haben. Und jedes einzelne Programm ist ein kleiner Juwel.

Kann dieser Austausch auch gegen Antisemitismus wirken?
Er bietet großartige Möglichkeiten, wenn es darum geht, Vorbehalte aller Art in Frage zu stellen und abzubauen. Das muss einerseits über Bildungsarbeit und durch Wissensvermittlung passieren. Aber die Begegnung mit einem anderen Menschen hinterlässt einfach einen anders nachhaltigen Eindruck.

Müsste insoweit nicht gerade auch mit Älteren gearbeitet werden?
Unsere Arbeit setzt bei jungen Menschen an, weil wir da positive Impulse setzen können. Außer Zweifel steht aber, dass diese Arbeit mit allen Generationen wichtig wäre. Es gibt viel zu tun.



Christine Mähler FOTO: CONACT

Drucksache Nummer 19/444

„Der Deutsche Bundestag verurteilt und wendet sich gegen jede Form von Antisemitismus.“ So beginnt ein Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, der als Drucksache 19/444 auch auf der Homepage des Bundestages zu finden ist und die Einsetzung eines Antisemitismusbeauftragten verlangt. Angeregt wird zudem, „Antisemitismus in Deutschland und seine unterschiedlichen Erscheinungsformen zum Gegenstand einer Befassung durch die Deutsche Islam Konferenz zu machen“. Gestärkt und zu einem Jugendwerk mit bilateralen Strukturen ausgebaut werden soll der deutsch-israelische Jugendaustausch; dafür seien mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

Das in Wittenberg ansässige Koordinierungszentrum „ConAct“ für deutsch-israelischen Jugendaustausch unterstützt jährlich rund 300 Projekte außerschulischer Bildungs- und Austauscharbeit. Es ist eine Einrichtung des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend mit Unterstützung der Länder Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern und arbeitet in Trägerschaft der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt. „ConAct“ hat ein Partnerbüro in Israel. Zu den Befürwortern von „ConAct“ gehörte - gerade im Hinblick auf den Holocaust - der einstige Bundespräsident Johannes Rau. CNI

» Bei www.conact-org.de sind Informationen im Internet abrufbar.